Anfrage zur schriftlichen Beantwortung E-003588/2025/rev.1
an die Kommission
Artikel 144 der Geschäftsordnung
Lukas Mandl (PPE)

Betrifft: Rede zur Lage der Union (SOTEU) 2025 und Sanktionen gegen den Staat Israel

Die Präsidentin der Kommission hat in ihrer Rede zur Lage der Union im September 2025 Sanktionen gegen den Staat Israel angekündigt. Sogar das Assoziierungsabkommen zwischen der EU und Israel soll betroffen sein. In der darauffolgenden Sitzung des Kollegiums standen die Maßnahmen gegen den Staat Israel auf der Tagesordnung.

Staaten, die Israel in der Vergangenheit existenziell bedroht hatten, sind heute über die Abraham-Abkommen mit Israel verbunden. Die Zusammenarbeit ehemals verfeindeter Staaten gemahnt an die Anfänge der europäischen Integration: Das ist der Weg zu Frieden. Israel wehrt sich gegen jenen Terror, der den einzigen jüdischen Staat der Welt auslöschen will und auch uns in Europa sowie die gesamte westliche Welt bedroht. Die Hamas hat Geiseln in ihrer Gewalt; es gibt keine Anzeichen für eine Kapitulation der Hamas.

1. In welcher Weise können Sanktionen gegen Israel in der gegenwärtigen Lage einen Beitrag zu Frieden leisten?

2. Haben im Nachhinein betrachtet die Richtungsänderung und die Parteinahme seitens der Kommissionspräsidentin – die in ihrer Rede sagte, sie bedaure es, dass die EU insbesondere in diesen Fragen nicht geeint sei – eher zu Deeskalation oder zu weiterer Eskalation und einer Vertiefung der Gräben beigetragen?

Eingang: 17.9.2025